manns den Beweis erbracht zu haben, daß ich mit dieser Prophezeiung nicht ganz unrecht gehabt habe.

Abg. Dr. Schwarz-Berlin: Wir „wilden" Kommunisten (Heiterkeit) wollen jede bürgerliche Regierung stürzen. Der Streit hier erinnert an das Wort vom Rabbi und dem Mönch: „Beide stinken." (Große Heiterkeit.) Es ist meine Aufgabe, zu beweisen, daß es hier rechts und links stinkt. (Stürmische Heiterkeit.) Die Kommunistische Partei, die in Sachsen für den konterrevolutionären Fleißner stimmte, unterscheidet sich nicht im geringsten von den bürgerlichen Parteien (Heiterkeit.) Die Geschichte mit dem russischen Schiff in Stettin und den russischen Flugzeugen für Deutschland habe einen ganz anderen Sinn, als Graf Reventlow meint. Diese Schiebungen seien eine ganz korrekte Sache. Graf Reventlow sei der Mitarbeiter der „Roten Fahne" und in die Redaktionsgeheimnisse eingeweiht. Diese Schiffe und Flugzeuge seien die logische Folge der Politik der kommunistischen Internationale und des kapitalistischen Wiederaufbaues in Sowjet-Rußland. Klara Zetkin habe vor einem Jahre ein Militärbündnis mit Sowjet-Rußland angeboten. **Vielleicht gebe man Thälmann die Führung der verbündeten Armeen, der Roten Armee und der Reichswehr.** (Heiterkeit.) Die kommunistische Parteizentrale habe eine heimliche Koalition mit der Cuno-Regierung geschlossen. Die Arbeiter und Kleinrentner, um deren Gunst jetzt Höllein buhle, würden erstaunt darüber sein, daß sie so verraten würden. **(Unter großer Heiterkeit stürzt Abg. Höllein mit wutverzerrtem Gesicht nach vorn zur Rednertribüne und ruft dem Redner zu: Dickes Schwein!)**

Abg. Scholem (Linkskomm.) erklärt unter allgemeiner Heiterkeit, daß die anderen Mitglieder der kommunistischen Opposition die Ausführungen des Vorredners ablehnten. — **Abg. Erkelenz** (Dem.) bemerkt gegenüber Dr. Scholz, daß die Abrede des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten vom Zentrum und den Demokraten gebilligt worden sei; daß allerdings Dr. Scholz Widerspruch erhoben habe.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Beratung der einzelnen Etats. Beim Etat des Auswärtigen Amtes wird auch die **Angelegenheit der „D. A. Z."** besprochen. **Abg. Stoecker** (Komm.) erklärt, daß zuerst ein großes Geschrei wegen der „D. A. Z." erhoben wurde, daß dann ein leises Säuseln im Ausschuß gefolgt sei und daß anscheinend jetzt Totenstille im Plenum herrsche. Es handle sich hier um einen politischen Betrug allererster Ordnung. Stresemann gehöre deshalb vor den Staatsgerichtshof. Der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken erklärte der kommunistische Redner am Schlusse seiner Ausführungen, habe schon vor einem halben Jahre von der „D. A. Z."-Angelegenheit gewußt. (Lebhaftes Hört, hört!)

Die Regierungsparteien beantragten dann, **die in der zweiten Lesung auf 48 Millionen Mark erhöhte Summe für das Soforthrogramm zugunsten der Ostgebiete wieder auf 41 Millionen Mark herabzusetzen.** — Reichsfinanzminister **Dr. Reinhold** bat, diesem Antrag stattzugeben, da es der Regierung sonst nicht möglich sei, den finanziellen Anforderungen nachzukommen. — Der Antrag wurde darauf mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten angenommen. — Beim Ministerium für die besetzten Gebiete wurde eine Entschließung angenommen, die eine ähnliche Unterstützung wie für die Ostgebiete auch für die besetzten oder besetzt gewesenen Gebiete des Westens verlangt.

Der Nachtragshaushalt wurde dann in der Gesamtabstimmung gegen die Kommunisten angenommen. Angenommen wurde eine Entschließung, wonach die Weihnachtsbeihilfen der Beamten in entsprechender Weise auch den Reichsarbeitern gewährt werden sollen.

Vor der Abstimmung gab dann

Graf Westarp (Dnat.) folgende Erklärung ab:

Die Begründung, die in der Debatte dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum beigegeben worden ist, findet, soweit sie sich auf die Reichswehr bezieht, nicht nur nicht unsere Anerkennung, sondern sie widerspricht auch unseren staatspolitischen und nationalen Auffassungen. **Wir lehnen die Verdächtigungen der Reichswehr und jeden Versuch, sie zu politisieren, mit Entrüstung und Entschiedenheit ab.** Wir werden daher gegen das Mißtrauensvotum stimmen, das gegen Dr. Geßler eingebracht worden ist.

Bei der Abstimmung über den allgemeinen Mißtrauensantrag handelt es sich um etwas anderes. Die letzte Zeit hat klar und unwiderleglich den Nachweis erbracht, daß eine Regierung der Mitte, die ihre Politik auf wechselnde Mehrheiten zu stützen sucht, nicht möglich ist. **Der Versuch, die fehlende Stütze durch einseitige Verhandlungen mit der Sozialdemokratie zu gewinnen, ist, wie wir von vornherein erwartet haben, nun wohl endgültig gescheitert.**

Im Interesse des Landes muß aus außenpolitischen wie aus innenpolitischen Gründen endlich eine stabile Regierung mit klaren Mehrheitsverhältnissen geschaffen werden.

Aus den stattgefundenen Verhandlungen und Besprechungen haben wir nicht die Gewähr entnehmen können, daß der dazu erforderliche Entschluß nunmehr gefaßt werden muß. Es handelt sich bei den gegenwärtigen Abstimmungen also um die Herbeiführung der notwendigen Klarheit, nicht um eine Stellungnahme zu der Regierungspolitik der Vergangenheit und der Zukunft. Wir werden den gegen das Gesamtkabinett eingebrachten Mißtrauensantrag daher annehmen.

Die Abstimmung

über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag erfolgte namentlich. Der Antrag wurde mit 249 gegen 171 Stimmen angenommen.

Nach der Abstimmung verließen sofort sämtliche anwesenden Reichsminister den Sitzungssaal. Die Sitzung selbst wurde unmittelbar hanach abgebrochen. Das Haus vertagte sich bis zum 19. Januar. Präsident Löbe gab dem in die Ferien gehenden Hause die besten Weihnachtswünsche mit auf den Weg.

Weihnachtsbeihilfe für die Erwerbslosen.

Berlin, 17. Dez. Wie amtlich verlautet, hat der Reichstag in der heutigen Sitzung 25 Millionen Reichsmark zur Gewährung einer einmaligen Beihilfe an Erwerbslose, die bereits über 26 Wochen unterstützt worden sind, sowie an Invalide und Kleinrentner bewilligt. Die genannten Erwerbslosen erhalten einen Betrag in Höhe einer halben Wochenunterstützung. In der Invalidenversicherung wird auf jede Invaliden- und Witwenrente eine Beihilfe von je 6 Reichsmark, auf jede Waisenrente eine solche von je 3 Mark gewährt. Kleinrentner erhalten einen Betrag von einem Drittel der Monatsunterstützung, jedoch erhalten Alleinstehende mindestens 10 Mark, Ehepaare mindestens 15 Mark und Bezieher von Waisenrenten mindestens 7,50 Mark. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um die Beihilfen möglichst schnell auszuzahlen. Für die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen wird die Notmaßnahme in ähnlicher Weise wie im Vorjahre durchgeführt werden.

Weihnachtsbeihilfe für die Reichsarbeiter.

Berlin, 17. Dez. Die heutigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über eine Lohnzulage für die Reichsarbeiter führten zu folgender Vereinbarung: Die unter den Tarifvertrag des Reiches fallenden Arbeiter erhalten, sofern sie zwischen dem 1. April und dem 2. Dezember mindestens 90 Tage beschäftigt waren, **einen Wochenlohn als einmalige Lohnzahlung.**

*

Berlin, 17. Dezember. Die Auszahlung der Beamtenweihnachtsbeihilfen soll nach Anweisung des Reichsfinanzministeriums und des preußischen Finanzministeriums am 21. und 22. Dezember erfolgen.

Regierungsneubildung nach Weihnachten.

Berlin, 17. Dez. Das gestürzte Kabinett Marx wird auf Wunsch des Reichspräsidenten während der Weihnachtsferien im Amte bleiben. Ueber das, was nach der Pause geschehen wird, kann man sich im Augenblick lediglich in Vermutungen ergehen. Man nimmt an, daß die neuen Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung erst beim Wiederzusammentritt des Reichstages in Gang kommen werden. Hierbei würde, wenn sich vorher keine Lösungsmöglichkeit finden sollte, der Reichspräsident nach parlamentarischem Brauch zunächst formell den Auftrag, die Bildung eines Kabinetts zu versuchen, dem Führer der größten Oppositionspartei, die das alte Kabinett gestürzt hat, also in diesem Falle den Sozialdemokraten, anbieten müssen. Die Sozialdemokraten würden sicher den Versuch der Bildung einer Weimarer Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten machen wollen. Eine solche Weimarer Koalition verfügt aber über keinerlei Mehrheit, und die Bildung einer entsprechenden Regierung würde auch daran scheitern, da weder Bayrische Volkspartei noch die Deutsche Volkspartei zur Unterstützung einer solchen Regierung bereit sein würden.

Der nächste Auftrag würde dann an die Deutschnationalen kommen müssen, die aber bei der Haltung des Zentrums ebensowenig eine Mehrheitsregierung zustandebringen könnte. Es liegt nun nahe, daß der Reichspräsident darauf den Versuch einer Kabinettsbildung durch eine überparteiliche Persönlichkeit machen würde, wozu, was ein eigentümliches Walten des politischen Schicksals ist, der frühere Reichskanzler Dr. Luther gerade von seiner Südamerikareise zurückkehren wird. Man spricht im Reichstag aber auch davon, daß eine bürgerliche Kabinettsbildung von der Mitte her versucht werden könnte und daß trotz der augenblicklichen Haltung des Zentrums entweder ein Mitglied der Zentrumspartei oder ein Mitglied der Deutschen Volkspartei mit der Kabinettsbildung beauftragt werden könnte. Daneben erörtert man freilich auch die Möglichkeit eines Kabinetts, das nur aus der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei bestände und das auf die Unterstützung des Zentrums bei wichtigen Anlässen würde rechnen müssen. Auf dieser Basis wurde bekanntlich auch das erste Kabinett Luther gebildet. Etwas genaues über das, was hinsichtlich der Regierungsbildung geschehen wird, läßt sich aber, wie gesagt, im Moment noch nicht sagen.

Die ablehnende Haltung des Zentrums.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 17. Dez. **Als der Reichstagspräsident Löbe die Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag ankündigte und dazu dem Führer der Deutschnationalen, dem Grafen Westarp, das Wort erteilte, ging durch das vollbesetzte Haus eine lebhafte Bewegung. Was Graf Westarp sagte, überraschte jedoch nicht. Weder der Reichskanzler Marx noch auch die Zentrumsfraktion haben ihre inneren Hemmungen gegen eine Anlehnung nach rechts zu überwinden vermocht.** Weder Marx noch das Zentrum sind an die Deutschnationalen mit Vorschlägen irgendwelcher Art herangetreten. Man wird den Besuch des Grafen Westarp bei Hindenburg und den anschließenden Empfang des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten doch wohl so auszulegen haben, daß auch der Reichspräsident auf den Kanzler in dem Sinne einwirkte, eine Fühlungnahme mit den Deutschnationalen zu suchen. Die Verantwortung für den Regierungssturz trägt somit der Reichskanzler Marx und das Zentrum.

Vor einem kleinen Kreise hat anschließend an die Vertagung des Reichstages Graf Westarp die Stellung der Deutschnationalen nochmals erläutert. Er hob hierbei hervor, daß er gern bereit gewesen wäre, die Regierung zu stützen, wenn er irgendein positives Zugeständnis in der Hand gehabt hätte. Es hätten jedoch lediglich Verhandlungen zwischen Volkspartei, Bayrischer Volkspartei und Deutschnationalen stattgefunden, in denen diese beiden Regierungsparteien ihre Bereitschaft zu einer Erweiterung der Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen erklärt hatten. Dagegen waren vom Zentrum Verhandlungen weder für jetzt zugesichert, noch eine Hinzuziehung zu den Verhandlungen über die bevorstehende Regierungsbildung im Januar ausgegangen. **Bei der Bildung der neuen Regierung wird die Frage der Reichswehr von entscheidender Bedeutung sein.** Unter allen Umständen werden die Rechtsparteien ihren ganzen Einfluß dahin einsetzen, einer Politisierung der Reichswehr entgegenzutreten. Diese Einstellung der Rechtsparteien in Fragen der Reichswehr wird nicht dadurch berührt, daß die Volkspartei den Deutschnationalen erklärt hat, daß im Falle einer Annahme des sozialdemokratischen Mißtrauensvotums durch die Deutschnationalen die Volkspartei sich an ihre vorherigen Verhandlungen nicht mehr gebunden fühlen, sondern für sich freie Hand beanspruchen würde.

Der Beschluß der Deutschen Volkspartei.

(Durch Funkspruch.)

Die Verhandlungen mit links völlig erledigt.

Berlin, 17. Dez. Die Deutsche Volkspartei hat, der „Germania" zufolge, einstimmig einen Beschluß angenommen, in dem erklärt wird, daß die Deutsche Volkspartei die Verhandlungen mit links als völlig erledigt betrachtet. Jetzt müßten sofort Verhandlungen mit den Deutschnationalen eingeleitet werden. Voraussetzung sei allerdings, daß die Deutschnationalen die internationalen Verträge als bindendes Recht anerkennen. Dieser Beschluß ist dem Zentrum und den Demokraten offiziell von der Deutschen Volkspartei mitgeteilt worden. Beide Parteien werden alsbald zu ihm Stellung nehmen.

Sonderstellung der „Nationalliberalen Korrespondenz".

Berlin, 17. Dez. Die „Nationalliberale Korrespondenz", das Parteiorgan der Deutschen Volkspartei, schreibt zum Sturz des Kabinetts Marx: Die Minderheitsregierung ist gefallen, nicht weil ihre Leistungsfähigkeit versagt hätte, sondern weil die Parteien rechts und links, in dem Drang zur Macht zu gelangen, sich zu ihrem Sturz zusammenfanden. Die heftigen Angriffe, die die demokratischen Kabinettsmitglieder durch einen Teil ihrer Partei erfahren haben, mußte diese unheilvolle Krise beschleunigen. Der Stoß der Sozialdemokratie richtete sich gegen die Reichswehr, gegen das einzige dem Reich verbliebene Machtinstrument. Man hätte annehmen sollen, daß die Deutschnationalen dazu beigetragen hätten, diesen Schlag gegen den Bestand der Reichswehr abzulehnen; sie haben aber nicht einmal Stimmenthaltung geübt, sondern durch positive Unterstützung den Erfolg des sozialdemokratischen Antrages ermöglicht. Damit haben sie dem Abg. Scheidemann, der sich mit seiner Partei gestern in völliger Isolierung befand, zu einem unverdienten Erfolg verholfen. Die Deutschnationalen hatten die Gewißheit daß die Deutsche Volkspartei für eine Erweiterung der Regierung nach rechts eintreten würde, wenn die Partei des Grafen Westarp zur Abwehr der sozialdemokratischen Anträge beigetragen hätte. [illegible] der Reichskanzler Marx hat den Deutschnationalen erklärt, daß ein Kabinett der Großen Koalition jetzt nicht in Frage kommen könne. Trotzdem hat die Deutschnationale Volkspartei den Weg der äußersten Opposition beschritten, ohne Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Folgen. **Die Deutsche Volkspartei, die in jedem Stadium der Verhandlungen das Ziel der Schaffung einer tragfähigen Regierung im Auge behalten hat, lehnt jede Verantwortung für diese die Interessen des Vaterlandes schädigende Krise ab.**

*

Man kann diese Ausführungen der „Nationalliberalen Korrespondenz" nicht unwidersprochen lassen. Es ist zwar richtig, daß die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen Anerbietungen gemacht hat, jedoch das Zentrum und Herr Marx haben jede Zusicherung nicht nur für jetzt, sondern auch für Januar abgelehnt. Herr Marx wollte nicht. Er und das Zentrum waren aber in dieser Krise die entscheidenden Faktoren. Wenn jetzt von volksparteilicher Seite gesagt wird, daß der Reichskanzler den Deutschnationalen erklärt hätte, ein Kabinett der Großen Koalition komme jetzt nicht in Frage, so bedeutet das tatsächlich nur so viel, daß auch die Verhandlungen über die Große Koalition eine Weile hinausgeschoben und dann eben, sobald das Kabinett vor einer Entscheidung gestanden hätte, wieder aufgenommen worden wären. Herr Marx wollte auch jetzt noch nicht von seinem Spiel mit den wechselnden Mehrheiten lassen. Nach der ganzen Politik der Deutschnationalen in den letzten Monaten ist es zum wenigsten verständlich, daß sie dieses Ziel durchkreuzten. Wenn dabei auch die Deutsche Volkspartei, wie die Auslassungen der „Nationalliberalen Korrespondenz" anzudeuten scheinen, etwas verschnupft wurde, so dürfte das aber wohl doch auf keinen Fall dahin zu deuten sein, daß nun bei der Deutschen Volkspartei eine feindselige Stimmung gegen die Deutschnationalen Einzug gehalten hätte.

General v. Pawelsz in Berlin.

Berlin, 17. Dez. General v. Pawelsz, der Reichskommissar für die Entwaffnung, ist gestern von Paris in Berlin eingetroffen, um der Reichsregierung über seine Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz und dem Versailler Kriegskomitee zu berichten und sich für die weiteren Verhandlungen über die Fragen der Festungen und des Kriegsmaterials neue Instruktionen von der Reichsregierung zu erbitten. In Pariser Kreisen erwartet man, daß er schon in den nächsten Tagen zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Paris zurückkehren werde.

Französische Befriedigung über Scheidemann.

Paris, 17. Dez. Die Ausführungen Dr. Wirths und Scheidemanns werden von der gesamten französischen Presse mit großer Zufriedenheit aufgenommen. Besonders in der nationalistischen Presse freut man sich über die „genauen Aufschlüsse", die die beiden ehemaligen Minister gegeben haben **und die natürlich gerade in den gegenwärtigen schwierigen Verhandlungen Deutschlands mit den Alliierten den französischen Standpunkt in erhöhtem Maße rechtfertigten.** (!) Was Frankreich über das Verschwinden der Interalliierten Militärkontrollkommission trösten könne, schreibt der rechtsstehende „Intransigeant", sei die Tatsache, daß Frankreich dank der Enthüllungen im Reichstage von Zeit zu Zeit über den Stand der deutschen Abrüstung die „herrlichsten Auskünfte" erhalte. — Der „Temps" meint, selbst wenn Scheidemann nicht in der Lage sein sollte, alle seine Behauptungen nachweisen zu können, so hätte diese doch wieder einmal bewiesen, daß in der deutschen Republik etwas sehr faul sei.

Militärischer Staatsstreich in Litauen.

Sämtliche Minister verhaftet.

(Durch Funkspruch.)

Memel, 17. Dezember. Wie das „Memeler Dampfboot" zuverlässig erfährt, ist heute nachts 3 Uhr die bisherige Regierung in Kowno gestürzt und festgenommen worden. Smetona soll die Zügel der neuen Regierung fest in der Hand haben. Das Militär stehe auf seiten der neuen Regierung. Ueber Litauen ist der Kriegszustand verhängt worden. (WTB.)

Riga, 17. Dezember. Ueber den **Staatsstreich in Litauen** teilt die Lettische Tel.-Ag. mit: Die gesamte Gewalt ist auf die **neue vorläufige Militärregierung** übergegangen, die den Kriegszustand in ganz Litauen proklamiert und den früheren Staatspräsidenten Smetona aufgefordert hat, die Stellung des Staatsoberhauptes zu übernehmen. Smetona hat dieser Aufforderung entsprochen. Der bisherige Staatspräsident Grinius ist im Schloß interniert. **Alle Minister sind verhaftet worden.** Zum Stadtkommandanten von Kowno ist Oberst Grigaliunas Glovackis, der Führer der litauischen Faschisten, ernannt worden. Der Umsturz hat sich ohne Blutvergießen vollzogen. Jetzt herrscht überall Ruhe.

Während die Stadt Kowno sich in der Hand der Aufständischen befindet, soll der in der Stadt gelegene Grüne Berg von einem der volkssozialistischen Regierung treu gebliebenen Regiment besetzt worden sein. **Es werden Kämpfe erwartet.**

Privaten Informationen aus Kowno zufolge, ist der Umsturz in Litauen seit langem vorbereitet worden, insbesondere in geheimen Beratungen, die zwischen Offizieren, die mit dem gegenwärtigen Zustand unzufrieden waren, und Vertretern des Schützenkorps, sowie des Verbandes der Kriegsfreiwilligen. Heute morgen um 3 Uhr erschienen vor dem Parlamentsgebäude, in dem der Litauische Landtag gerade eine Nachtsitzung abhielt, Truppenverbände. Ein Offizier betrat in Begleitung von mehreren Soldaten den Sitzungssaal und verkündete von der Rednertribüne, die Armee habe die Beseitigung des bestehenden Regimes beschlossen, das Litauen an die Bolschewisten und die Fremdstämmigen ausliefern wolle. **Die Armee nehme Besitz von der Staatsgewalt, erkläre den Landtag für aufgelöst und das Landtagspräsidium für verhaftet.**

Die Aufnahme in den Grenzländern.

Warschau, 17. Dez. Die Nachricht von dem Umsturz in Litauen ist hier in den frühen Nachmittagsstunden durch Berliner Telegramme bekannt geworden. Die Aktion Smetonas wird meist als polenfeindlich und deutsch- und rußlandfreundlich dargestellt. Außenminister Zalewski ließ der Presse eine Mitteilung zugehen, worin es heißt, daß die polnische Regierung die Ereignisse in Litauen mit Ruhe verfolge, da sie damit rechne, daß die litauische Regierung keine Ausschreitungen gegen die polnische Bevölkerung gestatten werde.

In Riga und Reval rechnet man jetzt mit einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Litauen und den baltischen Staaten, die in der letzten Zeit sehr getrübt waren. Nach Meldungen aus Moskau nimmt man dort an, daß sich die litauische Umsturzbewegung in erster Linie gegen Rußland richtet. Die Verhandlungen zwischen beiden Staaten sind unterbrochen worden.

Dr. Hauenburgs Doppelkreuz-Nervenbalsam, genannt
NERBALLA
Rheuma, Nervenschmerz, Kopfschmerz, Erkältungs- als Einreibung 30 Jahre bewährt. Flasche 1.00 u. 1.75 in d. Apotheken, bestimmt Altstadt: Moren-Apoth., Pirn. Platz: Kolonapoth., am Georgentor: Neustadt: Kronenapoth., Elisabethapoth., Leipziger Straße. Herstellen: Kreuz-Apotheke Hoogersdorf, Sachsen.